

*Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!*

**Bodo Ramelow
Thüringer Ministerpräsident
Regierungserklärung**

THÜRINGEN-MONITOR 2015: „THÜRINGEN IM 25. JAHR DER
DEUTSCHEN EINHEIT“

**Donnerstag, 26. November 2015, 9.00 Uhr
Thüringer Landtag, Plenarsaal**

Sehr geehrte Herr Landtagspräsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

[Vorbemerkung]

Seit 15 Jahren begleitet der Thüringen-Monitor die Entwicklung unseres Freistaats. 15 Jahre, in denen er immer wieder Anlass und Anstoß zum Nachdenken über Thüringen war. Demoskopie kann Demokratie nicht ersetzen. Aber sie kann im besten Fall dem demokratischen Gespräch Richtung und Tiefe geben. Dafür ist vor allem anderen dem Team des Thüringen-Monitors, namentlich Prof. Dr. Heinrich Best, Steffen Niehoff, Dr. Axel Salheiser, Katja Salomo und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena herzlich zu danken.

[Einleitung]

Der Thüringen-Monitor ist eine soziologische Langzeitstudie zur politischen Kultur, die in Deutschland ihresgleichen sucht. Das Thema des Thüringen-Monitors 2015 lautet: „Thüringen im 25. Jahr der Deutschen Einheit“. Er widmet sich drei Fragen, die in der aktuellen Situation höchste Brisanz und Aktualität haben:

1. Dem Verhältnis der Thüringerinnen und Thüringer zur DDR und deren Nachwirkungen im 25. Jahr nach der Wiedervereinigung

2. Der persönliche Lage der Thüringerinnen und Thüringer
25 Jahre nach der Einheit
3. Der Frage nach Quantität und Qualität rechtsextremer und
ethnozentrischer Einstellungen.

Als wir im späten Winter hier über den Thüringen-Monitor 2014 sprachen, ging es um zentrale Fragen: Wo steht Thüringen? Wo wollen wir hin? Was ist zu tun, damit Thüringen ein weltoffenes Land und eine lebenswerte Heimat bleibt? Kurz gesagt: wie wollen wir leben?

Diese Fragen haben nichts von ihrer Wichtigkeit eingebüßt. Aber was seitdem passiert ist, lässt sich mit zwei Zahlen verdeutlichen. Als ich damals hier stand, rechnete Thüringen auf Basis der offiziellen Prognose des Bundes für das ganze Jahr 2015 mit rund 8.000 Flüchtlingen. Fast so viele kamen allein im Oktober. Insgesamt rechnen wir mit rund 30.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr nach Thüringen kommen werden. Wenig spricht dafür, dass der Zuzug schnell abebbt. Viel spricht dafür, sich dem Veränderungsprozess, der uns allen deshalb bevorsteht, zu stellen. Wir sollten die heutige Debatte dazu nutzen, das demokratische Gespräch darüber zu führen. Gerade der weite Blick zurück auf die gesamten 25 Jahre seit der Wiedervereinigung eröffnet uns eine wertvolle Perspektive.

Wertvoll zum ersten, weil sie uns angesichts des unter anfänglich schwierigen Bedingungen Erreichten etwas mehr Besonnenheit mit Blick auf die gegenwärtigen Aufgaben auferlegt. Ich zitiere hier gern den ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Doktor Bernhard Vogel, der vor kurzem auf einer gemeinsam bestrittenen Veranstaltung sagte: **„Ein Volk, das die Wiedervereinigung geschafft hat, wird auch das schaffen.“**

Wertvoll zum zweiten, weil uns die Einordnung der Flüchtlingskrise in den historischen Kontext einen wichtigen Perspektivwechsel verordnet: von der Verunsicherung, ja Angst, hin zum Mut - von der Belastung zu den Chancen. Die Integration hunderttausender Menschen wird, wenn sie so gelingt, wie vor mehr als einem halben Jahrhundert die Integration von 12 Millionen Heimatvertriebenen, zu einem Baustein für die Vollendung der inneren Einheit werden.

Wir werden uns gemeinsam verändern und neu zusammen rücken. In Europa, in Deutschland, in Thüringen.

[Entwicklung Thüringens von der Einheit bis heute]

Thüringen erlebte und durchlebte in der Mitte Deutschlands und Europas mehr als einen großen Bruch, mehr als eine Phase der

Unsicherheit, mehr als eine historische Situation, für die es keinen fertigen Plan in der Tasche irgendeines Politikers gab. Thüringen und Deutschland stehen heute an der Schwelle zur vierten großen Wandlung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Es lohnt sich, vor allem einen analytischen Blick auf die vergangenen 25 Jahre zu werfen, die sich ihrerseits als Geschichte von Wandlungen erzählen lässt.

1. Der weit überwiegende Teil der Ostdeutschen hat die Friedliche Revolution von 1989 als eine unglaubliche Befreiung erlebt – als persönliche, berufliche, geistige und gesellschaftliche Befreiung, das Aufbrechen von Verkrustungen, das Abwerfen von Korsetts, in die viele hineingezwängt worden waren, die sie jahrelang mit sich herumgeschleppt und unter deren Verformungen sie gelitten hatten. Das, was damals passiert ist, war ja nicht einfach nur der Fall eines zutiefst ideologischen, maroden, überlebten Systems – das war der Frühling nach Jahrzehnten der Eiszeit, die plötzliche und unverhoffte Wiederbelebung eines ganzen Landes nach Jahren der Lethargie, Bevormundung, des Eingesperrt seins und der politischen Diktatur. Nichts war den Leuten damals so wichtig und wertvoll wie die Freiheit – die Freiheit des

Redens und Handelns, des Reisens, der Lebensgestaltung – auch wenn sie selbstverständlich von den neuen Verlockungen der westlichen Konsumwelt regen Gebrauch machten – aber wer hätte ihnen das verdenken wollen? Vokabeln wie „Meinungsfreiheit“ oder „Reisefreiheit“ waren in aller Munde und hätten damals das Zeug gehabt, zum „Wort des Jahres“ zu werden. Damals ist – wie ein späterer Bundespräsident es in einem anderen Zusammenhang mal ausgedrückt hat – tatsächlich ein Ruck durch ein ganzes Land gegangen, und die Menschen waren euphorisch angesichts der neuen Möglichkeiten – und gar nicht so sehr angesichts der glitzernden neuen Warenwelt –, die sich ihnen eröffneten.

Andererseits ist auch richtig: Die Jahre 1990 bis 2000 waren gekennzeichnet von einem alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Transformationsprozess. Die Menschen in Thüringen erlebten einen ungeheuren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Mit diesem Wandel war der Verlust von fest verankerten Lebensgewissheiten verbunden. Plötzlich waren für viele Menschen der Arbeitsplatz, die berufliche Perspektive, die Rente und sogar das vertraute Lebens- und Familienumfeld nicht mehr sicher. Viele standen oftmals vor dem Nichts. Ich habe diese

Lebensbrüche mannigfach vor Ort hautnah erlebt – beim Zusammenbruch der HO, in Bischofferode bei den hungerstreikenden Kalikumpeln, bei den Glaswerkern in Ilmenau. Immerhin hat es Thüringen geschafft, den Optronik Standort Jena und den Automobilstandort Eisenach zu sichern. Diese Leistung ist umso erstaunlicher, weil den Menschen in unserem Land vieles übergestülpt wurde. Ich erinnere nur an die Abschaffung der Polikliniken als gut funktionierende medizinische Einrichtungen. Trotz dieser Umbrüche war dieses erste Jahrzehnt der Einheit geprägt von einer Selbstfindung als Land und als Bürger/in des Freistaats im vereinten Deutschland. Ein wesentliches Ergebnis dieser ersten Phase war die Herausbildung einer eigenen Thüringen-Identität. Schon damals sah sich eine Mehrheit der Befragten als Thüringer, dann als Deutscher und an dritter Stelle erst als Ostdeutscher.

2. In den Jahren 2000 bis 2009 begannen die Thüringerinnen und Thüringer ihr Verhältnis zu den anderen deutschen Ländern zu definieren. Dieser Prozess war verbunden mit dem Suchen und Finden des Platzes Thüringens unter den deutschen Ländern und das Einnehmen einer Sonderstellung unter den ostdeutschen Ländern als Deutschlands starke Mitte oder als ostdeutsches Land mit der geringsten Arbeitslosenquote. Diese Entwicklung

spiegelt sich auch in den Umfrageergebnissen des Thüringen-Monitors wider. Schon bei den ersten Erhebungen zum Thüringen-Monitor im Jahr 2000 waren die Menschen in unserem Land der Meinung, Thüringen braucht einen Vergleich mit den westdeutschen Ländern nicht zu scheuen.

3. Das dritte Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung ist seit 2010 geprägt von der Gestaltung und dem Ausbau der Rolle Thüringens unter den deutschen und ostdeutschen Ländern. In diese Zeit fallen der Abschluss wichtiger Verkehrsinfrastrukturprojekte auf Straße und Schiene, der Ausbau der A9, der Anschluss der Thüringer Waldautobahn an die Südharzautobahn sowie die Aufnahme der ICE-Schnellstrecke zwischen Erfurt-Leipzig am 14. Dezember dieses Jahres. Thüringen verfügt damit über eine einmalige Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene. Erfurt wird zum ICE-Knotenpunkt ausgebaut. Wir sind nicht nur die geografische Mitte Deutschlands. Wir sind die schnelle Mitte Deutschlands und Europas. Das ist – neben vielen motivierten und gut ausgebildeten Menschen – unser zentraler Standortfaktor. Es ist kein Zufall, wenn die Thüringer/innen die wirtschaftlichen Perspektiven ihres Landes mehrheitlich positiv einschätzen.

4. Diese Einschätzung wird von der rot-rot-grünen Landesregierung geteilt. Die Landesregierung sieht darüber hinaus Thüringen am Beginn einer neuen Phase der Landesentwicklung und am Einstieg in ein neues Zeitalter – Thüringen als Motor deutscher Entwicklung. In diesem Kontext sind auch die derzeit laufenden Reformen - Theaterreform, Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zu sehen. Wir wollen damit dem leistungsstarken Motor Thüringen auch eine moderne Karosserie geben, die seiner Leistungsfähigkeit entspricht.

[Herausforderung Flüchtlings- und Asylpolitik]

Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors zeigen gleichwohl deutlich, dass die Thüringer/innen das Projekt der Deutschen Einheit lange nicht als beendet ansehen. Rund ein Drittel der Thüringer/innen fühlen sich als Ostdeutsche nach 25 Jahren immer noch benachteiligt. Die Jenaer Wissenschaftler sprechen hier von einer ausgeprägten Ostdeprivation, die seit 2003 in den Befragungen transparent wird. Dieses kollektive Gefühl der Benachteiligung hat sich verfestigt und hat sich etwa konstant auf gleichem Niveau gehalten. Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Auffassung, dass Westdeutsche Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandeln.

An diesem belastbaren Befund kommen wir nicht vorbei, wenn wir verstehen wollen, warum viele Menschen in der gegenwärtigen Situation mit Skepsis, Misstrauen und teilweise auch Angst reagieren.

Wenn die Jenaer Wissenschaftler im Verlauf ihrer Erhebungsjahre einen stabilen Zusammenhang zwischen Ostdeprivation und Rechtsextremismus feststellen, dann muss das uns als demokratischen Parteien Sorgen machen.

Ich warne gleichwohl davor, jetzt einfach wieder mit dem Finger auf den Osten zu zeigen. Es sollte uns viel mehr Anlass zu einem neuen Nachdenken über den Vereinigungsprozess sein. Die Erfahrung von nachhaltigen Brüchen in der eigenen Biografie, vom Verlust von Heimat und Gewissheiten, von sozialen Opfern für politische Entscheidungen, von Nöten, die zu schweren persönlichen Entscheidungen zwingen, wird von vielen Ostdeutschen geteilt. Das Bewusstsein, dass noch vieles nachzuholen ist, sitzt tief. Dass die vielen kleinen Wenden, die auf die große Wende vom Herbst 1989 folgten, zu wenig gewürdigt wurden, gehört zu den politischen und kulturellen Hypotheken des vereinigten Deutschlands, die uns heute schmerzhaft belasten.

Es gibt dieses weit verbreitete Gefühl, eben erst einen riesigen Transformationsprozess bewältigt zu haben, der noch nicht an sein Ende gekommen ist. Es gibt dieses unterdrückte Seufzen, dass man es doch gerade erst geschafft hat, wieder ein wenig Boden unter den Füßen zu fühlen. Und es gibt die persönliche und kollektive Erinnerung an die großen persönlichen Opfer, die dieser Prozess den Menschen im Osten abverlangt hat. Wer das nicht ernstnimmt, wird auch nicht verstehen, warum viele Menschen in Thüringen mit einer ganz besonderen Skepsis darauf reagieren, wenn wir Politiker allzu schnell sagen, wir schaffen das.

Gleichwohl: Es gibt dennoch keine Alternative zum „Wir schaffen das“, außer: *Wir machen das*. Die Thüringerinnen und Thüringer wollen aber zu Recht wissen, wie wir das schaffen sollen, wie sie das schaffen sollen. Das Gespräch darüber zu eröffnen, ist die Bringschuld der demokratischen Parteien.

Die Menschen wollen von uns genau wissen, wie wir es gemeinsam schaffen. Sie wollen von uns wissen, wie wir Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen, wie wir Christen, Drusen, Muslime, Jesiden und Angehörige anderer Religionen und verschiedenster Ethnien in unsere Gesellschaft integrieren. Die Aussagen humanitäre Pflicht und politische Vernunft sind auf die Dauer nicht

ausreichend. Die Menschen wollen wissen, welche Risiken, Einschränkungen oder gar Verzichte auf sie zukommen. Sie wollen aber auch wissen, welche Chancen und Zukunftsperspektiven mit der Integration von Flüchtlingen verbunden sind.

Wir müssen aufzeigen, dass das Ziel einer Integration in unsere Lebenswelt über verschiedene Schritte zu erreichen ist: (1) Sprachkurse, (2) durch Bildung und Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellem Leben (3) Eingliederung in das Arbeits- und Erwerbsleben, damit Flüchtlinge für sich selbst sorgen können.

Durch die Integration von Flüchtlingen ergeben sich in absehbarer Zeit große Chancen für Thüringen: (1) Sicherung der Fachkräfte (2) Abfederung der demografischen Schrumpfung, auch mit Verringerung eines Drucks auf die Renten (3) unsere Gesellschaft wird offener.

Die Grundwerte unserer Zivilisation sind und bleiben die Voraussetzungen für ein Zusammenleben: (1) Grundgesetz, (2) die Unantastbarkeit der Menschenwürde, (3) die Meinungs- und Glaubensfreiheit, (4) keine Bevorzugung nach Ethnien und schließlich (5) die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Zum Gelingen der Integration sollten wir auch unter den Thüringerinnen und Thüringern einen „Dialog der Generationen“ organisieren, in dem ganz bewusst die generationenspezifischen Erfahrungen des Wandels nach 1990, die daraus folgende Skepsis gegenüber Versprechungen, aber auch die spezielle Form ostdeutschen Beharrungsvermögens in schwierigen Zeiten thematisiert werden. Es ist doch so: Wenn irgendwer Veränderung kann, dann doch die Ostdeutschen!

[Klare Kante gegen Polarisierung der politischen Kultur]

Die Polarisierung der politischen Kultur, die wir derzeit nicht nur in Thüringen sondern in ganz Deutschland erleben, ist aber nicht eine Folge der vorhandenen Ängste, sondern der ungehemmten Bereitschaft einiger, diese Ängste zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Da rufen manche auf ihren Demonstrationen „Wir sind das Volk“ und mobilisieren in Wirklichkeit für eine andere Republik, in der das Volk, der Demos, nichts mehr zu sagen hätte. Das ist reiner Etikettenschwindel.

Es darf daran erinnert werden, dass im Herbst 1989 mit den Rufen „Wir sind das Volk“, mit Gebeten und Kerzen, ein diktatorischer Machtapparat gestürzt wurde. Von daher ist der

Bezug auf die friedliche Revolution heute nicht nur unhistorisch, sondern vor allem demagogisch. In einem Rechtsstaat ist das Parlament und in unserem Freistaat ist es der Thüringer Landtag, wo auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie Debatten und politische Auseinandersetzungen geführt werden. Das gehört zur politischen Kultur in unserem Land. Hier sitzen demokratisch gewählte Volksvertreter und keine Volksverräter!

Wer die Straße mobilisiert und hier vor diesem Hohen Haus Hetzparolen artikuliert, der zeigt, wie sehr er das Parlament und die Demokratie verachtet und missachtet. Dem setzen wir unsere politische Kultur entgegen. Zur Demokratie gehören der Streit, aber notwendigerweise auch der Konsens und der Kompromiss. Wir werden nicht zusehen, wie die rechte Szene versucht, die allgemeine Verunsicherung in der Bevölkerung für sich auszunutzen.

Aber völlig inakzeptabel ist es, wenn einige in dieser Situation die Büchse der Pandora öffnen und aus der Angst den Hass machen, aus dem dann die Gewalt wird. Diejenigen, die das tun, sind keine Demokraten, sondern Feinde unserer Verfassung.

Vielleicht verstehen nicht alle, warum diese Völkerwanderung begonnen hat, und warum sie nicht per Knopfdruck zu stoppen

ist. Aber alle müssen verstehen, dass ein Kind einen Platz zum Schlafen braucht. Das ist so, im christlichen Abendland!

[Politikansatz: Realismus in humanitärer Verantwortung]

Eines muss ich aber an dieser Stelle mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und mit Blick auf die Zuwanderung sagen: Unser Land Thüringen wird sich ändern! Es muss sich heute wie vor 25 Jahren neu positionieren. 1990 haben die Menschen in Thüringen und in Ostdeutschland das „Wunder Deutschland“ geschafft. Die Deutsche Einheit ist ihnen nicht in den Schoß gefallen, sie wurde hart errungen.

Die Befunde des Thüringen-Monitors zeigen, dass die Bewertung der individuellen finanziellen Lage im 25. Jahr der Deutschen Einheit den höchsten Durchschnittswert im gesamten Untersuchungszeitraum erreicht. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens stabilisiert sich auf einem hohen Niveau. 73 Prozent der Befragten sind mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes der Meinung, dass Thüringen den Vergleich mit dem Westen nicht scheuen muss.

Allein die 450.000 Thüringer/innen, die wir seit 1990 an den Westen als „Entwicklungshelfer“ abgegeben haben, leisteten einen riesigen Beitrag zur deutschen Einheit, und wir können nur

vermuten, wo Thüringen heute im Länderranking stehen würde, hätte es die deutsche Teilung nicht gegeben.

Deshalb beginnt die Aufholjagd jetzt! Wenn wir es schaffen, die Asylverfahren zu beschleunigen, damit Menschen schneller in Lohn und Brot kommen, wenn wir die Tausenden freien Ausbildungsplätze besetzen können, wenn wir die Zehntausenden leerstehenden Wohnungen mit den Menschen füllen, die dauerhaft bei uns bleiben und leben, und wenn diese Menschen hier arbeiten und ihre Familien ernähren, dann wird unser Land stärker und reicher, weil aus den Leistungsempfängern von heute die Steuerzahler von morgen werden.

Dieser Prozess der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten wird Thüringen ebenso verändern wie der Gewinn der Einheit nach 40 Jahren Teilung. Wie vor 25 Jahren - nach der Wiedervereinigung - werden wir einen Weg finden, wie wir miteinander leben und wie wir den erneuten Wandel unserer Gesellschaft gemeinsam gestalten.

Die vermeintliche Polarisierung von Humanität und Realismus ist künstlicher Natur, weil beides wichtig und richtig ist. Es ist ein Grund stolz darauf zu sein, dass Thüringen kein Land mehr ist,

aus dem die Menschen flüchten, sondern im Gegenteil ein sicherer Fluchthafen für Tausende. Es gehört zu einem historisch belehrten Realismus, einzusehen, dass kein Zaun eine Völkerwanderung stoppt, ebenso wenig eine Obergrenze für das Grundrecht auf Asyl oder die Aufstockung der Frontex-Mittel. Ich kann die Forderung nach Zäunen überhaupt nicht verstehen! Es ist wirklich noch nicht lange her, dass wir uns von Mauern und Zäunen befreit haben. Ich habe - wie viele andere auch - bei der Grenzöffnung geweint, und ich schäme mich dieser Tränen nicht! Jetzt wieder über die Errichtung von martialischen Grenzanlagen, ausgestattet mit tödlicher Abschreckungslogik, zu diskutieren, verkennt einfach das Problem!

Alle Menschen beim Grenzübertritt wirklich zu erfassen, halten wir als Landesregierung für dringend erforderlich. Aber zu glauben, dass durch höhere Zäune die Problemlagen verringert werden könnten, das hat sich schon bei dem Zaun, sei er nun 6 oder 9 Meter hoch, in Melilla und Ceuta als Irrweg erwiesen.

Deshalb sage ich, Scheinlösungen helfen nicht als Antwort auf reale Probleme und gegen ein Gefühl der subjektiven Überforderung bei der Aufnahme von sehr vielen Menschen in sehr kurzer Zeit.

Ja, das Krisenmanagement ist angelaufen. Oftmals haben Bürgerinnen und Bürger schneller und effektiver reagiert als die Behörden. Die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ihr Herz und ihren Verstand sprechen lassen und diese Sprache kennt weder Vorschriften, Verordnungen oder gar bürokratische Hürden. Die schnelle und humanitäre Hilfe hat es erst möglich gemacht, dass viele Flüchtlinge heute menschenwürdig untergebracht sind. Darunter verstehe ich auch, dass helfende Hände gereicht werden, wenn sie gebraucht werden. Ich danke an dieser Stelle allen Freiwilligen, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern, den Landkreisen und Kommunen. Ohne all diese Helferinnen und Helfer konnten und werden wir das Flüchtlingsproblem nicht lösen können.

Ich sage aber auch, das Krisenmanagement der Behörden hat überall in der Bundesrepublik noch Luft nach oben, denn niemand hatte wie bei der Wiedervereinigung einen Plan für diese Situation in der Tasche. Aber wir arbeiten – hier in Thüringen und überall – fortwährend daran, dass die Lage unter Kontrolle bleibt. In Thüringen wird niemand im Zelt überwintern! Damit ist Thüringen neben dem Saarland das einzige Bundesland, das in der Erstaufnahme ohne Zelte auskommt.

Ja, nicht alle, die wir aufnehmen, sind von Anfang an bereit, und hier zitiere ich Doktor Bernhard Vogel erneut „unsere

Hausordnung“ zu akzeptieren. Dazu gehört die durch das Grundgesetz vorgegebene Werteordnung, die demokratischen Grundregeln einer modernen Gesellschaft ebenso wie die Akzeptanz der mitteleuropäisch-christlichen Werte. Aber wir werden diese Werteordnung durchsetzen, ohne Rabatt und Kompromiss.

Nach den Anschlägen von Paris dürfen wir nicht in Klischees und Reflexe verfallen. Wir müssen einen breiten Dialog mit der Mehrheit der Muslimen – auch mit den muslimischen Gemeinden in Thüringen - suchen, denn auch sie verurteilen den Terror und die Anschläge von Paris. Das Vertrauen ineinander kann nur wachsen, wenn wir uns die Hand zum Frieden reichen. Nur so können wir Hass und Gewalt überwinden und Ängste gegenüber dem Islam abbauen. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass die Flüchtlinge Frieden und Sicherheit in ihrer Heimat verloren haben. Deshalb müssen wir ihnen Frieden und Sicherheit geben.

Ja, nicht alle, die jetzt kommen, werden auf Dauer bleiben können. Ja, aber die Verfahren und Klärungen müssen einfach schneller abgeschlossen werden. Aber wir werden auch bei den notwendigen Rückführungen mit humanitärem Augenmaß vorgehen.

Ja, es wird auch bei der Integration nicht immer alles von Beginn an optimal laufen. Aber wir werden aus Fehlern lernen.

Ja, auf die Thüringer Kitas, Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen kommen wichtige Aufgaben zu, aber Sprache und Bildung sind nun einmal die ersten Schlüssel für eine gelungene Integration.

Die Thüringer Bildungslandschaft ist gut aufgestellt. Das betrifft sowohl die Schüler/Lehrer-Relation als auch die vorhandenen, doch nicht ausgelasteten Kapazitäten in größeren und kleineren Städten, im ländlichen Raum, aber auch in Bildungszentren und Berufsschulen. Besonders dort bestehen gute Chancen Sprachkurse zu belegen und Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen.

Ja, die Integration wird für den Thüringer Landeshaushalt die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Es ist unser Ziel, dass niemand in Folge dieser Ausgaben einen Verlust an Leistungen und staatlicher Daseinsvorsorge erleiden muss.

Ich kann mich der Finanzministerin nur anschließen, die in einem TA-Interview richtig sagt, nachdem wir in einem Jahr drei

schuldenfreie Haushalte vorgelegt haben: „Also kann es, wenn die Zahl der Flüchtlinge nicht geringer wird, eine finanzielle Notlage geben, die uns zu neuen Krediten zwingt.“

Ich bin der Überzeugung, dass die schwarze Null dann zum Problem werden könnte, wenn sie braune Nullen stark macht.

Die politische Antwort auf all diese Fragen lautet: Realismus in humanitärer Verantwortung: besonnenes Krisenmanagement, ehrliches Veränderungsmanagement, entschlossenes Chancenmanagement. Dieser Dreiklang wird uns durch die Krise leiten und uns über den Krisenmodus hinaus einen Kompass für gestaltende Politik geben. Und auch finanziell geschieht doch folgendes: Alles, was die öffentliche Hand gerade ausgibt, verbleibt doch überwiegend in Thüringen. Zuwanderung schafft und sichert auch Arbeit und löst Investitionen aus.

[Neue strategische Perspektive: Wir lernen Wachsen]

Damit die Chancen, die der gegenwärtigen Situation innewohnen, richtig genutzt werden, müssen wir in den kommenden Jahren einen Mentalitätswandel absolvieren. Thüringen hat in 25 Jahren gelernt, aus weniger mehr zu machen. Es gab und gibt eine Gewöhnung an den Rückbau, an das Leben in einer schrumpfenden Gesellschaft. Dafür braucht

es nicht mal den Thüringen-Monitor. Es reicht ein Blick in viele Thüringer Innenstädte jenseits von Erfurt, Jena und Weimar oder auf die Immobilienpreise an der Thüringer Peripherie. Es ist dennoch gelungen, dass weniger Menschen das Land weiter vorangebracht haben. Eine Gesellschaft im Rückbau verlangte nach einer Politik, die diesen Rückbau abfedert und gestaltet.

Vieles von dem, was auch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag steht, ist diesem landespolitischen Paradigma geschuldet. Aber dieses Paradigma muss überdacht werden. Der Motor ist leistungsstark, aber die Karosserie bedarf eines modernen Zuschnitts, damit die Leistungsstärke zum Tragen kommt und ein Gesicht erhält.

Wenn wir die Aufholjagd erfolgreich gestalten wollen, muss Thüringen in den kommenden Jahren das Wachsen lernen. Wenn wir mit den richtigen politischen Entscheidungen auf die gegenwärtige Flüchtlingssituation reagieren, dann können wir auch die demografische Wende gestalten, die notwendig ist, damit unser Land weiterhin eine erfolgreiche Entwicklung nimmt. Der Wille zur politischen Gestaltung lässt sich für die kommenden Jahre auf eine einfache Formel bringen: Mut zum Wachstum.

Mit diesem Mut zum Wachstum wollen wir die Zeiten, in denen wir immer weniger wurden, überwinden. Und das trifft nicht nur mit Blick auf die Migration nach Thüringen zu, sondern auch mit Blick auf einen positiven Wanderungssaldo, den wir auch in diesem Jahr wieder haben werden.

Der kollektive Lernprozess, der vor uns liegt, lässt sich ebenfalls einfach beschreiben: Wir lernen Wachsen. Wachstum verlangt nach einer weitsichtigen Politik, die von den Gewissheiten einer schrumpfenden Gesellschaft Abschied nimmt.

Darüber hinaus kann die Integration der Flüchtlinge ein Katalysator bei der Vollendung der inneren Einheit sein, weil sich die westdeutsche Gesellschaft öffnen muss (1) gegenüber den Ostdeutschen und (2) gegenüber den Flüchtlingen. Die Menschen in Ost und West müssen im Verlauf des Integrationsprozesses die gleichen Probleme bewältigen und lösen. Von den hierbei gemachten Erfahrungen können die Menschen in Ost und West gegenseitig und gemeinsam lernen und dadurch voneinander profitieren. Dabei können wir auch die Grundgewissheiten in unserem Land wieder deutlicher machen.

[Mit Pragmatismus über den Krisenmodus hinauswachsen]

Alles kommt auf den Prüfstand. Die Landespolitik muss die scheinbar unverrückbaren Pfeiler ihres Handelns überprüfen und neue Antworten auf eine neue Situation finden.

Ein erfolgreiches Krisenmanagement fordert zunächst von allen demokratischen politischen Lagern Zugeständnisse an ihre ideologischen Fundamente, das heißt Abschied nehmen von festzementierten Grundansichten, wie die Menschen im Osten Deutschlands 1990 Abschied nehmen mussten von ihren Ankergewissheiten z.B. dauerhaft sichere Arbeitsplätze, sichere Renten, kostenlose medizinische Versorgung, kostenlose Pflege im Alter.

Heute lauten die Zugeständnisse: Eine konservative Kanzlerin hat die Grenzen aus einem Realismus in humanitärer Verantwortung offen gehalten und mit dem Satz „Wir schaffen das!“ Position bezogen, die ihr in den eigenen Reihen nicht nur Freunde schafft. Zu einem Realismus in humanitärer Verantwortung gehört es aber auch, dass ich sage: nicht alle, die gekommen sind und noch kommen, werden auf Dauer bleiben können. Und auch ich sage, nicht jeder Asylantrag ist von Erfolg gekrönt, aber die Verfahren müssen beschleunigt werden. Dann sage auch ich: Ja, wir schaffen das!

Sobald der Krisendruck nachlässt, werden wir uns zudem in geordneten Bahnen der Diskussion über unser Staatsbürgerschaftsrecht und über ein Zuwanderungsgesetz stellen müssen, das es uns erlaubt, Migration zu steuern.

Dieser konstruktive Pragmatismus, verbunden mit der klaren Zielstellung einer gelungenen Integration, ist die Leitschnur für eine Veränderung der politischen Kultur in unserem Land. Wenn der Thüringen-Monitor uns Politikern eines zu sagen hat, dann doch dieses: Wenn wir verlorengegangenes Vertrauen zurück gewinnen wollen, müssen wir die Art und Weise ändern, mit denen wir politische Auseinandersetzungen führen und mit denen wir Herausforderungen politisch bearbeiten.

Wir müssen es als Alarmzeichen sehen, dass die Demokratiezufriedenheit laut in allen gesellschaftlichen Gruppen gesunken, und dass die Gruppe der „zufriedenen Demokraten“ zu Gunsten der Gruppe der „unzufriedenen Demokraten“ kleiner geworden ist.

Die „feinen Risse im Fundament der Demokratie“ erforderten in der Vergangenheit das geschlossene Handeln aller demokratischen Kräfte. Heute ist dieses gemeinsame Handeln dringender denn je, um das Entstehen und die Ausbreitung eines

politischen Betonkrebsses im Fundament der Demokratie zu verhindern.

Gemeinsames Handeln erfordert neue Formen der Kommunikation und punktuell auch der Kooperation zwischen Regierung und demokratischer Opposition und wir werden auch weiterhin die kommunale Familie in die politischen Entscheidungen einbeziehen. Darüber hinaus wollen wir einen gesellschaftlichen Diskurs unter Einbeziehung der Sozialpartner sowie der Kirchen, der Sozialverbände und nicht zuletzt der ehrenamtlichen Hilfsstrukturen, ohne die wir die letzten Monate nicht geschafft hätten. Der Dank dafür muss der Beginn eines neuen kooperativen Miteinanders von Staat und Zivilgesellschaft sein.

Entscheidend wird ein kontinuierlicher Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sein, für den wir Formen finden müssen, dass sich die Thüringerinnen und Thüringer aktiv einbringen können. Das Signal lautet: „Die Thüringer Mitte macht mit und packt an!“ Ein gutes Beispiel dafür ist die Aktion „Mitmenschlich in Thüringen“ als ein breites Bürgerbündnis aus allen Schichten der Gesellschaft.

Nur so wird es uns gelingen, über den gegenwärtig übermächtigen Modus des Krisenmanagements hinauszuwachsen und einen Plan dafür zu entwickeln, wie wir diese Situation zum Wohl und zum Gewinn der Menschen in unserem Land gestalten. Die Frage lautet immer wieder: Wie wollen wir leben? Auf diese Frage antworte ich: Integration heißt Wachstum. Eine Thüringer Integrationsagenda muss passgenau sein mit einer Thüringer Zukunftsagenda, die an den Bedürfnissen der Thüringerinnen und Thüringer – aller Thüringerinnen und Thüringer – anknüpft und der Schaffung einer lebenswerten Heimat für alle verpflichtet ist.

[Eckpunkte einer Zukunftsagenda]

Eine Thüringer Zukunftsagenda wird sich um die folgenden Kernelemente gruppieren:

Integration von Flüchtlingen durch gute gemeinsame Wege in Ausbildung und Arbeit. Kern des Thüringer Integrationskonzeptes wird ein Vierklang von Hausordnung/Kultur, Sprache, Bildung/Ausbildung und Arbeit sein.

Gemeinsam, abgestimmt und aufeinander aufbauend, werden wir mit verschiedenen Instrumenten und finanziellen Mitteln Wege in Ausbildung und Arbeit schaffen. Unsere Partner dabei

sind die Agenturen für Arbeit, die Jobcenter, die Wirtschaft, die Landwirtschaft, die Kammern, das Handwerk, der Handel, die Industrie, die Sozialpartner und Bildungsträger und natürlich die kommunale Familie.

Der Weg in Arbeit und Ausbildung – also die wirkliche Integration von Flüchtlingen – hat drei Etappen: Spracherwerb, Unterstützung bei Ausbildung und Einmündung in Arbeit. Wenn wir gemeinsam Förderketten aufbauen vom Spracherwerb über Möglichkeiten für Arbeitsgelegenheiten in Dörfern und Städten, zu gezielten Kompetenzerprobungen, gezielter und unterstützter Ausbildung, Arbeitserprobungen in Wirtschaft, Landwirtschaft und Handwerk wird es uns gelingen die Flüchtlinge in Thüringen zu integrieren.

Das ist gut für die geflüchteten Menschen und gut für Thüringen.

Auch der Freistaat nimmt in dieser Förderkette selbst Geld in die Hand. Im Rahmen des Landesarbeitsmarktprogrammes werden wir Projekte zur Integration in Ausbildung und Arbeit für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge finanzieren. Wir planen über 1500 Plätze in einem Volumen von 5 Millionen Euro. Als eines der Projekte startete am 1. November 2015 ein Südwestthüringer Projekt mit HWK und Bildungsträgern mit 500 Flüchtlingen. Das

ist der richtige Weg der Integration geflüchteter Menschen in Thüringen.

Integration kann nur durch einen gesunden Mix aus Geben und Nehmen gelingen. Wir werden Geld investieren, um aus Flüchtlingen Neubürgerinnen und Neubürger zu machen. Jeder und jede, die Willens sind, sich zu integrieren, werden in Thüringen eine Chance bekommen, um sich eine berufliche Perspektive zu erarbeiten. Dafür erwarten wir einen effektiven und messbaren Beitrag zur Erweiterung und Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur in Thüringen.

Warum ist es nicht denkbar, dass Stadt- und Dorfgemeinschaften, Landwirtschaftsbetriebe und Handwerkerfamilien und Kirchengemeinschaften die Patenschaft für Flüchtlinge übernehmen, sie in ihr soziales Leben integrieren, sie als Helferinnen und Helfer für konkrete Dienstleistungen einsetzen und ihnen dabei helfen, die Kontakte zu knüpfen, die sie für die nächsten Schritte in Arbeit und Ausbildung brauchen. Warum soll es nicht möglich sein, zum Beispiel die ersten erworbenen Deutschkenntnisse dabei zu vertiefen, um älteren Menschen an der Thüringer Peripherie bei der Bewältigung ihres Alltags zu helfen. Diese Art der Integration von unten würde einen effizienten Einsatz der Mittel ermöglichen, die wir ohnehin für die Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen

aufwenden müssen. Und sie würde einen konkreten Mehrwert für die Menschen in Thüringen produzieren.

Investieren in eine lebenswerte Heimat: Wir werden in enger Abstimmung mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft die Ausbaubedarfe in der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur identifizieren, die Wachstum ermöglichen. Es gilt darüber hinaus, die vorhandenen Potenziale noch besser zu nutzen. Thüringen muss attraktiv sein, um junge Menschen, egal ob sie hier geboren sind oder nicht, hier zu halten und hier in qualifizierte Beschäftigung zu bringen. Wir müssen attraktiv genug sein, um Unternehmen anzuziehen, die die geografischen Vorteile unseres Standorts nutzen wollen. Wir wollen nicht nur mehr Menschen eine Heimat bieten, wir wollen auch mehr wirtschaftliche Wertschöpfung in Thüringen halten und nach Thüringen holen. Dafür braucht es intakte Straßen und Schienennetze, dafür braucht es attraktive Städte und Dörfer, in denen das soziale Leben nicht nur am Wochenende im Wohnzimmer stattfindet. Die notwendigen Investitionen wird das Land stemmen müssen, und zwar als Investition in die Zukunft, die sich in jedem Einzelfall daran messen muss, ob sie sich für den Freistaat Thüringen als Wirtschaftsstandort, Bildungsstandort und sozialer und ökologischer Lebensraum rentiert. Die geplante Verwaltungs- und Gebietsreform lässt sich nicht nur über nackte und kalte Zahlen realisieren. Wir müssen

die Frage stellen: Wie viele Verwaltungsmitarbeiter verwalten sich selbst oder wie viele von ihnen befinden sich im Bürgerkontakt?

Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel ausgeglichener Haushalte bleibt ein Ziel dieser Landesregierung. Aber wir werden alle Spielräume nutzen, um im Rahmen des geltenden Rechts eine wachstumsorientierte Politik nachhaltig zu unterstützen. Für den Staat gilt dasselbe wie für jedes Unternehmen: Ohne Investitionen kein Wachstum.

Soziale Sicherheit für alle, das ist unser Ziel. Wir wollen die Schwachen in unserer Gesellschaft – Arbeitslose, Obdachlose, Menschen in Altersarmut nicht vergessen und nicht gegeneinander stellen. Die Landesregierung setzt sich das Ziel, dass es in ihrem Einflussbereich Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich als Folge der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen nicht geben wird.

Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie eine Sozialgarantie für alle Bürger leistet. Und wir brauchen eine ausreichende Refinanzierung der Integrationskosten.

Um diese drei Kernelemente – Integration durch Geben und Nehmen, Investitionen in eine lebenswerte Heimat, soziale Sicherheit für alle – wird die Landesregierung eine Politik umsetzen, die humanitäre Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet.

[Fazit]

Lassen Sie mich zum Schluss dieser Regierungserklärung kurz auf den Beginn zurückkommen. Thüringen steht vor der vierten großen Wandlung seit der Wiedervereinigung. Ich habe gesagt, dass die gestaltende Bewältigung dieses Wandels ein entscheidender Baustein für die Vollendung der inneren Einheit werden kann. Entscheidend wird die Frage sein, ob wir diese Veränderung ängstlich ertragen oder mutig gestalten. Mit dem Gestalten wird ein neues „Wir“ entstehen, das die Veränderung gemeinsam erlebt und darüber erzählt, sich und anderen. Zu diesem „Wir“ werden dann auch viele der Menschen gehören, die heute ankommen, und aus denen wir Neubürgerinnen und Neubürger machen wollen. Dieses „Wir“ wird, wenn es entsteht und besteht, den entscheidenden Impuls für die Vollendung der inneren Einheit liefern und das Thüringen des Jahres 2040 prägen, wenn wir den 50. Geburtstag unseres Landes feiern.
